

Amt, Datum, Telefon

400 Amt für Schule - Bildungsbüro
540 Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention,
15.02.2019, 51-2760 / 51-2338

Drucksachen-Nr.

8096/2014-2020

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	26.02.2019	öffentlich
Schul- u. Sportausschuss	26.02.2019	öffentlich
Jugendhilfeausschuss	06.03.2019	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

Rahmenkonzept „Schulsozialarbeit in Bielefeld“

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

Rat, 30.06.2016 (TOP 5, Drucksachen-Nr. 3135/2014-2020/4)

Beschlussvorschlag:

1. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss, der Schul- und Sportausschuss und der Jugendhilfeausschuss nehmen das Rahmenkonzept „Schulsozialarbeit in Bielefeld“ zustimmend zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Empfehlungen zur nachhaltigen Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in enger Zusammenarbeit insbesondere mit den Schulen, den Trägern der Jugendhilfe und/oder der Schulsozialarbeit und der Schulabteilung der Bezirksregierung Detmold umzusetzen.
3. Die zuständigen politischen Gremien werden regelhaft über den Stand der Umsetzung informiert.

Begründung:

Schulsozialarbeit leistet einen wichtigen Beitrag beim Aufbau gelingender Bildungsbiografien und gewinnt angesichts der zunehmenden Komplexität von Erziehung und Bildung zunehmend an Bedeutung. Sie ist ein fester Bestandteil der kommunalen Präventionskette und der kommunalen Bildungslandschaft und hat sich in Bielefeld in der Verantwortung der Akteure Jugendhilfe und Schule herausgebildet.

Ausgehend von der Komplexität und Vielfältigkeit der Schulsozialarbeit hat sich der Rat der Stadt im Rahmen der Beschlussfassung zur Weiterführung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen 2017-2019 in seiner Sitzung am 30.06.2016 für ein aufeinander abgestimmtes Gesamtkonzept der Schulsozialarbeit ausgesprochen und die Verwaltung entsprechend beauftragt (vgl. Drucksachen-Nr. 3135/2014-2020/4).

Mit der Einrichtung einer Projektgruppe, in der Vertreter*innen der Wohlfahrtsverbände, der REGE mbH, der Schulaufsicht und der Dezernate 2 und 5 mitarbeiten, hat die Verwaltung diesem Auftrag im Herbst 2017 Rechnung getragen.

Die Projektgruppe hat im Rahmen ihrer Tätigkeit diverse Spannungsfelder bzw. Problemlagen herausgearbeitet. Als zentrale Erkenntnis bleibt festzuhalten, dass im Vorfeld konzeptioneller

Anpassungen kommunikative Prozesse notwendig sind, um alle Beteiligten der Systeme Jugendhilfe und Schule mitzunehmen und einzubeziehen. Vor diesem Hintergrund sind die im Konzept gegebenen Empfehlungen für eine nachhaltige Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit in Bielefeld einzuordnen. Diese beziehen sich auf die Bausteine Kooperation und Vernetzung, Gremien, die Implementierung eines Qualitätsmanagements, eine integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung in Bezug auf Schulsozialarbeit und die bedarfsgerechte Verteilung.

Mit dem jetzt vorliegenden Konzept erfolgt eine erste wichtige Weichenstellung für eine gemeinsam getragene, an den Bedarfen der jungen Menschen orientierte, Schulsozialarbeit. Hierauf aufbauend kommt es jetzt darauf an, im engen Zusammenwirken insbesondere mit den Schulen, den Trägern der Jugendhilfe und/oder der Schulsozialarbeit und dem Land NRW (Schulabteilung der Bezirksregierung Detmold) die Empfehlungen aufzugreifen, weitergehend zu konkretisieren und umzusetzen.

In einem ersten Schritt werden das in der Anlage beigefügte Rahmenkonzept mit den relevanten Akteur*innen im Arbeitsfeld Schulsozialarbeit kommuniziert und erste Umsetzungsschritte initiiert (z. B. Infoveranstaltung/Fachtag für Schulsozialarbeit, Onlinestellen der Standortkarte und der Checkliste für ein schuleigenes Konzept).

In Kontext der Umsetzung kommt der bereits etablierten Steuerungsgruppe „Jugendhilfe und Schule“ und dem Aufbau einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung eine besondere Bedeutung zu. Von hier müssen weitere Impulse für die Konkretisierung (z. B. für ein Qualitätsmanagement Schulsozialarbeit) ausgehen.

Die zuständigen politischen Gremien werden regelmäßig über die weitere Umsetzung informiert.

Beigeordneter

Ingo Nürnberger

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.